

Kiel, 07.05.2003

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 13 a – Diätenstrukturreform

Lothar Hay:

Die Strukturreform bleibt in den wesentlichen Punkten richtig

Die Fraktionen von SPD und CDU sind am Montag zu dem Schluss gekommen, die angestrebte Diätenstrukturreform nicht weiter zu verfolgen. Die anhaltende öffentliche Kritik und Diskussion hat gezeigt, dass es nicht gelungen ist, deutlich zu machen, dass es uns um eine Diätenstrukturreform mit vielen Bestandteilen ging und nicht um eine bloße Diätenerhöhung.

Viele Menschen haben mit Empörung und Wut reagiert, weil sie allein reflexartig auf den Begriff Diätenerhöhung und 45 Prozent angesprungen sind. Die meisten übrigen Punkte spielten dann schon keine Rolle mehr. Wir haben versucht, durch Gespräche innerhalb und außerhalb der eigenen Partei Aufklärungsarbeit zu leisten. Dies hat angesichts der aufgeheizten Stimmung nicht geholfen. Wir haben offensichtlich zu spät wahrgenommen, dass sehr viele Menschen angesichts hoher Arbeitslosigkeit, zahlreicher Kürzungen auf Bundes- und Landesebene und einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage nicht bereit waren, auch nur im Ansatz eine Erhöhung der Grunddiät, wie sie von der Benda-Kommission vorgeschlagen worden ist, zu akzeptieren. Da spielte es dann auch keine Rolle mehr, dass viele Abgeordnete durch die Strukturreform nur einen geringeren Zuwachs gehabt hätten.

Die emotionale Stimmung und die Wucht der Reaktion haben wir falsch eingeschätzt. Nach diesen Erfahrungen käme heute sicher niemand mehr auf die Idee, diesen Weg zu gehen. Eine erneute Debatte im Herbst, mit dem Ziel der Umsetzung zu Beginn der neuen Legislaturperiode, würde eine erneute Protestwelle auslösen, da bin ich mir sicher. Wer eine Umsetzung zu 2005 ernsthaft ins Spiel bringt, der muss dies wissen.

Erlauben Sie mir aber auch den Hinweis, dass einige Kolleginnen und Kollegen einschließlich ihrer Familien einem Druck ausgesetzt waren, der einem Spießrutenlauf durchaus ähnlich war.

Ausgangspunkt der Diätenstrukturreform war ein Verfassungsgerichtsurteil und nicht der Wunsch der Abgeordneten nach einer Diätenerhöhung. Wir haben die Vorgaben des Verfassungsgerichts ernst genommen und wollten sie nach Vorlage des Gutachtens der Benda-Kommission als erstes Bundesland umsetzen. Wir wollten Vorreiter sein. Dies sah auch die Kommission so. Wir wollten eine völlige Systemumstellung bei der Alterssicherung, und wir wollten die Diäten auf eine Summe erhöhen, die die Kommission für angemessen hielt.

Die Frage der Angemessenheit wird uns auch in Zukunft beschäftigen. Es muss doch das Ziel sein, dass im Parlament ein Querschnitt der Bevölkerung vertreten ist. Dies ist aber nur möglich, wenn die Höhe der Entschädigung nicht vielen die Mitarbeit aus Einkommensgründen als unakzeptabel erscheinen lässt. Und ich denke dabei nicht an hochbezahlte Spitzenmanager.

Ich bin mir schon der Tatsache bewusst, dass der Verkäuferin bei Karstadt allein die vorgesehene Erhöhung - verglichen mit ihrem Monatseinkommen - als unglaublich erscheinen muss, während ihr Abteilungsleiter für das heutige Ein-

kommen eines Abgeordneten kaum ins Parlament wechseln würde. Ein Landeshausjournalist wahrscheinlich auch nicht?

Unsere Argumentation wird auch dadurch nicht erleichtert, dass zahlreiche Medien die Debatte ebenfalls nur auf einen Punkt reduziert haben und vielleicht nicht gerade traurig waren, wenn es dabei blieb.

Natürlich gab es Punkte im Konzept, über die man kritisch diskutieren konnte, ja musste, aber letztlich läuft es doch auf die Frage hinaus: Was ist uns die Demokratie, was ist uns das Parlament, was sind uns die Menschen, die dort arbeiten, wert. Diese Frage stellt sich bei jeder Diätenerhöhung und noch mehr bei einer umfassenden Diätenstrukturreform.

„Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Bei der Ausübung ihres Amtes sind sie nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.“, so heißt es in Artikel 11 unserer Landesverfassung. Viele der Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion hat es schon sehr getroffen, dass Kreisvorsitzende meiner Partei recht unverhohlen damit gedroht haben, diejenigen nicht wieder aufzustellen, die weiterhin an der Einführung der Diätenstrukturreform zum 1. Juni dieses Jahres festhalten. Ich persönlich führe diese Reaktion auf die aufgeladene Stimmung innerhalb meiner Partei, zahlreiche ange drohte und vollzogene Austritte und einen immensen Druck von innen und außen zurück. Aber eines ist für mich klar: Hier ist eine Grenze überschritten worden, die ich als Abgeordneter und als Fraktionsvorsitzender nicht akzeptieren kann. Wir haben an dieser Stelle dringenden innerparteilichen Diskussionsbedarf. Wer Abgeordnete will, die selbstbewusst ihre Position vertreten, der darf keine Existenzängste erzeugen.

Der Auftrag zur Reform bleibt erhalten. Wir bleiben dabei, dass die Strukturreform in den wesentlichen Punkten richtig ist. Doch wir werden dieses konkrete Vorhaben in dieser Legislaturperiode nicht mehr verfolgen.

Die SPD-Fraktion wird in den nächsten Monaten offensiv das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern über die durch die Vorschläge zur Strukturreform aufgeworfenen Fragen führen. Wir werden uns nicht wegducken.